



Detailansicht des Registereintrags

Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende

Aktuell seit 13.04.2026 12:19:50

Bündnis und Dialogplattform

Registernummer:	R007042
Ersteintrag:	30.09.2024
Letzte Änderung:	13.04.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	03.07.2025
Tätigkeitskategorie:	Plattform, Netzwerk, Interessengemeinschaft, Denkfabrik, Initiative, Aktionsbündnis o. ä.
Kontaktdaten:	Adresse: Naturschutzbund Deutschland e. V. Charitéstr. 3 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4901721077048 E-Mail-Adressen: nils.loester@nabu.de Webseiten: nabu.de/umwelt-und-ressourcen/verkehr/29448. html

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

150.001 bis 160.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1,17

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Susanne Baumann**
Funktion: Bundesgeschäftsführerin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (16):

1. **Alexander Kaas-Elias**
2. **Merlin Jonack**
3. **Nils Löster**
4. **Lisanne Pucher**
5. **Jens Hilgenberg**
6. **Ralph Obermayer**
7. **Jonas Fischer**
8. **Thomas Gehringer**
9. **Pauline Schur**
10. **Andreas Schackert**
11. **Anna Wyduba**
12. **Dr. Steffen Merle**
13. **Julia Görlitz**
14. **Julian Ehret**
15. **Yasmin Sitarek**
16. **Steffen Lembke**

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (21):

Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Ländlicher Raum; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Artenschutz/Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Personenverkehr; Schienenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Automobilwirtschaft;

Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Das Bündnis „Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende“ aus Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden sowie der Evangelischen Kirche in Deutschland ersucht durch direkte Anschreiben, Positionspapiere oder politische „Get-Together“ unmittelbar den Kontakt mit Politikerinnen und Politikern, insbesondere Mitgliedern des Deutschen Bundestages, sowie Mitarbeitenden in der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag sowie der Bundesverwaltung. Es werden parlamentarische Abende, Fachveranstaltungen und Podien organisiert, aber auch unmittelbar Regelungsvorhaben und Stellungnahmen veröffentlicht und/oder an Abgeordnete sowie an die Bundesregierung übermittelt. Im Schwerpunkt wird die Interessenvertretung ausgeübt, um angesichts des akuten Handlungsbedarf im Bereich der Mobilitätspolitik eine ökologische und sozial gerechte Mobilitätswende voranzubringen, die den Bedürfnissen aller Bevölkerungsteile Rechnung tragen soll. In einer Vielzahl von Themenfeldern im Bereich der Mobilität, zeigen wir auf wie aktiver Klimaschutz betrieben, Arbeitsplätze gesichert und zugleich die Lebensqualität aller verbessert werden kann. Dazu vernetzen wir uns mit Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft, um den direkten Dialog zu fördern.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. **Priorisierung von Haushaltsmittel für den Erhalt und Ausbau nachhaltiger Verkehrsinfrastruktur**

Beschreibung:

Neuausrichtung der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur. Paradigmenwechsel bei der Planung von Verkehrsinfrastruktur und Ausrichtung an sozial-ökologischen Zielen. Statt den Ausbau des Straßennetzes fortzusetzen, sollte sie auf den Erhalt und die Sanierung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur ausgerichtet werden. Zudem ist eine Verlagerung auf Schiene, Bus und aktive Mobilität anzustreben.

Interessenbereiche:

Artenschutz/Biodiversität [alle RV hierzu]; Güterverkehr [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2408060012 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 03.07.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

2. Reformierung der Entfernungspauschale

Beschreibung:

Reformieren der Entfernungspauschale und Umwandlung in ein sozial und ökologisch verträgliches Mobilitätsgeld.

Betroffenes geltendes Recht:

EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

3. Umsetzung eines Modernisierungspaktes

Beschreibung:

Der Bund muss den Modernisierungspakt entschieden auf den Weg bringen und so einen langfristigen Plan über einzelne Legislaturperioden hinweg festlegen. Dazu gehören die Anpassung des Regionalisierungs- und Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes mit aufgestockten, dynamisierten und zweckgebundenen Mitteln sowie eine langfristige Klärung der Finanzierungsverantwortung.

Betroffenes geltendes Recht:

RegG [alle RV hierzu]; GVFG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2411140020 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

4. Novelle des Regionalisierungsgesetzes

Beschreibung:

Deutschlandticket durch ein bundesweit einheitliches Sozialticket ergänzen sowie eine Finanzabsicherung für die Jahre 2025 und 2026 sicherstellen

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12773 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

RegG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

5. Transformationsfond für KMU

Beschreibung:

Im Zuge der Transformation der Automobilwirtschaft, kann die Einrichtung eines Transformationsfond für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) den Übergang zu neuen Geschäftsmodellen erleichtern.

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2411140021 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 31.10.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

6. Kernforderungen für eine sozialverträgliche Mobilitätswende an die neue Bundesregierung

Beschreibung:

Das Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende hat fünf Kernforderungen an die neue Regierung formuliert, die in der neuen Legislaturperiode entscheidend dazu beitragen, Mobilität für alle Menschen zu verbessern.

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2503130042 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.02.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [[alle SG dorthin](#)]

7. Einführung einer bundesweiten Mobilitätsgarantie

Beschreibung:

Der Bund muss Mindeststandards für Takt, Erreichbarkeit und Verfügbarkeit im ÖPNV sowie für Fuß- und Radverkehr verbindlich festlegen, differenziert nach Siedlungsstruktur. So wird Teilhabe und gleichwertige Mobilität in Stadt und Land als Teil der Daseinsvorsorge abgesichert.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]; Ländlicher Raum [[alle RV hierzu](#)]; Personenverkehr [[alle RV hierzu](#)]; Schienenverkehr [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [[alle RV hierzu](#)]; Verkehrspolitik [[alle RV hierzu](#)]

8. Erreichbarkeit von Einrichtungen der Grundversorgung gesetzlich verankern

Beschreibung:

Der Zugang zu zentralen Einrichtungen der Grundversorgung – von Lebensmitteln über medizinische Angebote bis hin zu Betreuung – muss unabhängig vom Wohnort gesichert sein und gesetzlich verankert werden. Dies stärkt soziale Teilhabe und vermeidet Verkehr.

Interessenbereiche:

Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]; Ländlicher Raum [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [[alle RV hierzu](#)]; Verkehrspolitik [[alle RV hierzu](#)]

9. Gemeinsamen ÖPNV-Fonds von Bund und Ländern etablieren

Beschreibung:

Ein mehrjähriger Fonds soll Personal, Betrieb und Angebotsstabilität absichern, den Ausbau insbesondere im ländlichen Raum ermöglichen und bundesweit verlässliche Mindeststandards garantieren. Auch die Kosten für das Deutschlandticket sollen daraus finanziert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

RegG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

170.001 bis 180.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Stiftung Mercator GmbH

Betrag: 150.001 bis 160.000 Euro

Bei den Zuwendungen handelt es sich um Fördermittel der Stiftung Mercator für das Projekt "Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende II" des NABU e.V. - Bundesverband.

2. European Climate Foundation

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Bei den Zuwendungen handelt es sich um Fördermittel der European Climate Foundation für das Projekt "Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende II" des NABU e.V. - Bundesverband.

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro